



150/2003

Kiel, 28. November 2003

Sperrfrist: 28. 11. 2003, 19.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtagsvizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau: Die Europäische Bewegung ist ein konkreter Schritt auf dem Weg zu einer engen Zusammenarbeit

Kiel (SHL) - In ihrem Vortrag „Osterweiterung der Europäischen Union und ihre Auswirkungen auf Kaliningrad“ vor der „Europäischen Bewegung“ in Kaliningrad am 28. 11. 2003, erklärte Landtagsvizepräsidentin, Dr. Gabriele Kötschau, MdL, u. a.:

Die Idee „Europa in den Köpfen“ ist dann durch die Weltkriege des 20. Jahrhunderts zunächst gründlich zugeschüttet worden, bis sie in Westeuropa Anfang der 50er Jahre langsam wieder Leben bekam. Die 1948 als „Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ gegründete Wirtschaftsunion entwickelte sich schnell zu einer Union, die in allen Bereichen des Lebens eine neue Zusammenarbeit suchte, von der Außen- und Sicherheitspolitik über den Umweltschutz bis zur Freizügigkeit und zum freien Warenverkehr. Die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft stand allen europäischen Staaten offen, die auf einer demokratischen Verfassung und einer marktwirtschaftlichen Grundordnung basierten. 1958 mit den Römischen Verträgen von sechs Staaten gegründet, haben sich bis heute 15 Mitgliedsstaaten in der Union zusammengeschlossen.

Am 1. Mai 2004 wird die Europäische Union mit 25 Mitgliedern und 450 Millionen Einwohnern eine neue Dimension erreichen. Wachstum und Beschäftigungsmöglichkeiten entwickeln sich in der EU auf der Grundlage gemeinsamer Werte. Das politische, geografische und wirtschaftliche Gewicht der Union wächst kontinuierlich. Die neue Vielfalt der Kulturen und Traditionen wird die Union bereichern. Doch müssen für die jetzt anstehende EU-Erweiterung zunächst administrative Regelungen getroffen werden, um mit diesen Veränderungen in den einzelnen Regionen umzugehen. Die Integra-

tion der neuen Mitglieder stellt für diese, aber auch für die EU in ihrem bisherigen Umfang, eine große Herausforderung dar. Die Integration wird muss jetzt schrittweise vertieft werden.

Europa wird auf absehbare Zeit nicht **eine** Union sein, sondern mehrere Staaten oder Staatengruppen umfassen. Hierzu gehören die neuen Nachbarstaaten der erweiterten Union, unter ihnen – neben den Staaten des südlichen Mittelmeerraumes – die Russische Föderation sowie die GUS-Staaten Ukraine, Belarus und Moldau. Die Auswirkungen der EU-Erweiterung werden für die Nachbarn Risiken bedeuten, doch können und werden die „neuen Nachbarn“ auch neue Impulse erfahren. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Russischen Föderation zu: sehen wir uns Europa auf der Karte an, so stellen wir fest, dass ein großer Teil Europas aus Russland besteht. Ein gut nachbarschaftliches Zusammenarbeiten und Zusammenleben kann daher nur in unser aller Interesse sein.

Mit besonderen Herausforderungen sieht sich die russische Exklave Kaliningrad konfrontiert, die nur durch ein Drittland vom russischen Mutterland aus zu erreichen ist. Hinzu kommt die zentralistisch ausgerichtete Politik der Russischen Föderation, die ihren Rechtssubjekten nur einen eingeschränkten Spielraum für eigene politische Entscheidungen zugesteht.

Bereits seit 1991 hat die Europäische Union, vor allem durch das TACIS-Programm, Kaliningrad mit etwa 40 Mio. € unterstützt, etwa in den Bereichen der Entwicklung der Sonderwirtschaftszone, der Energie, der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der gemeinsamen Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.

Im Juli 1996 haben die Mitgliedsstaaten des Ostseerats das Aktionsprogramm „wirtschaftliche Integration und Wohlstand“ für die Ostseeregion beschlossen. Verschiedene Kooperationsfelder tragen zur Verbesserung des Investitionsklimas zwischen EU- und Nachbarländern bei. In diesem Bereich liegen auch und gerade für Kaliningrad Chancen, etwa durch die Realisierung des Aufbaus eines transeuropäischen Verkehrsnetzes. Hier möchte ich ausdrücklich die Initiative zum Bau der „Via Hanseatica“ nennen, die Wirtschaft und Tourismus im Ostseeraum von Lübeck bis St. Petersburg ankurbeln könnte. Den russischen Ostseeregionen St. Petersburg und Kaliningrad käme hierdurch die Rolle zu, eine Aufgabe für die gesamte Russische Föderation zu übernehmen: als ein „Tor nach Westen“ zu agieren.

Darüber hinaus gibt es im Ostseeraum bereits ein breites Netz von Kooperationen, die die russischen Ostseeanrainerregionen für ihr Land wahrnehmen. Hierzu gehören auf formaler Ebene die Zusammenarbeit im

- Ostseerat, dem die nationalen Regierungen der Ostseeanrainerstaaten angehören,
- Die Ostseeparlamentarierkonferenz, in der auch die Regionen gleichberechtigt vertreten sind, und
- Die Konferenz der Subregionen, einer der wichtigsten Partner der Europäischen Kommission für EU-Programmaktivitäten im Ostseeraum.

Die strategische Bedeutung dieser Beziehungen ist nicht zu unterschätzen. Sie ist insbesondere eine Klammer zwischen EU-Staaten und Nicht-Mitgliedsstaaten und ermöglicht Gestaltungen gerade dort, wo EU-Mitgliedsstaaten und ihre Nachbarn aufeinander treffen.

Das vorrangige Interesse der Europäischen Union liegt in der Bewahrung ihrer Sicherheit; hierzu gehört die Sicherung ihrer Außengrenzen gegen negative Einflüsse von außen, vor allem illegale Migration, Drogenhandel und organisiertes Verbrechen. Dem gegenüber steht das Interesse Moskaus an der Sicherung seiner territorialen Integrität und Kaliningrads, weiterhin geordneten Zugang zu seinen Nachbarn zu haben sowie freien Zugang zwischen Kaliningrad und dem russischen Mutterland. Vor dem Hintergrund ist die Frage des Transits sowie des Visaregimes zu sehen, das ich nur kurz behandeln möchte:

Von vorrangiger Bedeutung für Kaliningrad ist seine Anbindung an das russische Mutterland, aber auch die Möglichkeit seiner Bewohner, weiterhin in die Nachbarländer Litauen und Polen reisen zu können. Was den **Transit** Kaliningrad – russisches Mutterland angeht, so fuhren im Jahr 2001 nach russischen Angaben 960.000 Personen per Bahn und 620 000 Personen per Auto in beide Richtungen.

Die EU-Kommission fasste in ihrem „Neuen Nachbarschafts“-Dokument vom März 2003 die Ausarbeitung eines effizienten und benutzerfreundlichen Verfahrens für den kleinen Grenzverkehr ins Auge. So wird in Brüssel überlegt, „wie das Überschreiten der Außengrenzen für Angehörige von Drittstaaten erleichtert werden kann, die im Grenzgebiet leben und bona fide legitime, triftige Gründe für einen regelmäßigen Grenzübertritt haben und kein Sicherheitsrisiko darstellen“. Sofern die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind, sollte die EU darüber hinaus „dafür offen sein, die Ausdehnung visafreier Regelungen zu prüfen“, heißt es weiter in dem Dokument.

Die **Visapflicht** für die russischen Staatsbürger treffen vor allem jene, die bisher ihren Lebensunterhalt mit kleinem Grenzhandel bestreiten. Insgesamt registrieren die Kaliningrader Behörden pro Jahr rund 9 Millionen Grenzübertritte.

Das polnische Generalkonsulat in Kaliningrad hat angekündigt, kostenlose Visa für die Kaliningrader Bürgerinnen und Bürger auszustellen. Probleme gibt es noch, was die Erteilung von Visa für Deutschland angeht. Hier ist – nach langen Verhandlungen – eine Besserung in Sicht, durch die Errichtung eines Deutschen Generalkonsulats in Kaliningrad. Die Akkreditierung des designierten deutschen Generalkonsuls in Kaliningrad wird in den nächsten Wochen erwartet; wir hoffen darauf, dass die Ernennung von Dr. Cornelius Sommer und die Aufnahme seiner Dienstgeschäfte spätestens Anfang des nächsten Jahres für die Kaliningrader Bürger Erleichterungen bringen und die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen fördern wird.

Präsident Putin hat mehrfach den bemerkenswerten Vorschlag unterbreitet, zwischen Russland und der EU „in einer realistischen Perspektive“ den

visafreien Personenverkehr zwischen den Partnern einzuführen.“ Thema war dies z. B. auch auf dem Moskauer Treffen von Putin und Kommissionspräsident Prodi im März dieses Jahres. Sie einigten sich auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die klären soll, welche Bedingungen Russland erfüllen müsse, damit die Visapflicht gelockert und schließlich sogar ganz abgeschafft werden könne. Die **Europäische Bewegung**, die Sie in diesem Jahr in Kaliningrad gegründet haben - die erste in der Russischen Föderation überhaupt -, ist ein konkreter Schritt auf dem Weg einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und ihren Rechts-subjekten einerseits und der Europäischen Union, ihren Mitgliedsländern und ihren Regionen andererseits. Kaliningrad und Schleswig-Holstein übernehmen als aktive Partner im Ostseeraum eine Vorreiterrolle; die Europäische Bewegung als gesellschaftliche Organisation leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer gemeinsamen Identität in Europa, für das Russland mit seinen Rechtssubjekten ein neuer, interessanter und perspektivreicher Partner ist.